

Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Göppingen

01.09.2023

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeine Vorschriften	2
§ 1 Geltungsbereich	2
§ 2 Aufgaben.....	2
§ 3 Trägerin.....	3
§ 4 Betreuungsangebote.....	3
§ 5 Verpflegung.....	4
§ 6 Einzelfallentscheidungen.....	4
II. Aufnahme	4
§ 7 Anmelde- und Aufnahmeverfahren	4
§ 8 Zeitpunkt der Aufnahme und Dauer der Benutzung	5
§ 9 Gesundheitliche Voraussetzungen für die Aufnahme	6
III. Benutzungsverhältnis	7
§ 10 Besuch der Einrichtung	7
§ 11 Öffnungszeiten	8
§ 12 Schließung der Einrichtung aus besonderem Anlass	9
§ 13 Aufsichtspflichten	9
§ 14 Haftung und Versicherung.....	10
§ 15 Benutzungsgebühren	11
IV. Mitwirkungsmöglichkeit.....	11
§ 16 Mitwirkung der Personensorgeberechtigten	11
V. Schlussvorschriften.....	11
§ 17 Inkrafttreten	11

Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Göppingen

vom 01.09.2023

Aufgrund von § 4 und 10 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der derzeit gültigen Fassung, §§ 1 ff. des Gesetzes über die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege (Kindertagesbetreuungsgesetz – KiTaG) und §§ 22, 22a, 24 SGB VIII (Kinder und Jugendhilfegesetz) hat der Gemeinderat der Stadt Göppingen in seiner Sitzung vom 16.02.2023 folgende Satzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen beschlossen:

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

Die nachfolgende Satzung gilt für Tageseinrichtungen gem. § 1 Abs. 3 KiTaG zur Förderung der Entwicklung von Kindern im Alter unter drei Jahren und vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt im Stadtgebiet von Göppingen, für die die Stadt die pädagogische und wirtschaftliche Verantwortung trägt. Von dem Geltungsbereich der Satzung nicht umfasst sind Tageseinrichtungen zur Förderung der Entwicklung von Kindern im schulpflichtigen Alter.

§ 2 Aufgaben

- (1) Tageseinrichtungen sollen die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern, die Erziehung und Bildung des Kindes in der Familie unterstützen und ergänzen und zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung beitragen. Diese Aufgaben umfassen die Erziehung, Bildung und Betreuung des Kindes nach § 22 Abs. 3 SGB VIII zur Förderung seiner Gesamtentwicklung.
- (2) Die Erziehung in Tageseinrichtungen soll auf die unterschiedlichen sozialen, weltanschaulichen, religiösen und sprachlichen Gegebenheiten Rücksicht nehmen.

§ 3 Trägerin

Die Stadt Göppingen betreibt die Tageseinrichtungen als öffentliche Einrichtungen i.S.v. § 10 Abs. 2 GemO, da diese der unmittelbaren Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge mit Blick auf die Vorgaben der § 22 ff. SGB VIII sowie des § 3 KiTaG dienen. Kraft ihres Organisationsermessens hat sich die Stadt Göppingen dafür entschieden, die Rechtsbeziehungen zu den Nutzern ihrer öffentlichen Einrichtungen, öffentlich-rechtlich zu regeln.

§ 4 Betreuungsangebote

(1) Kindertageseinrichtungen sind Einrichtungen, in denen Kinder in unterschiedlichen Betreuungsformen tagsüber betreut werden. Die Stadt Göppingen bietet folgende Betreuungsformen an:

Betreuungsform	Betreuungsstunden/ Woche	Tägliche Betreuungszeit	Altersgruppe
Betreute Spielgruppe (SG)	max. 15 h / Woche	3-5 h	1 bis 3 Jahre
Halbtagsgruppe (HG)	20 h / Woche	4 h Betreuung in der Zeit von 8:00-12:00 Uhr	ab 2 Jahre bis Schuleintritt
Regelbetreuung (RG)	30 h / Woche	6 h; Betreuung vor- und nachmittags mit Mittagspause von 1,5 h	ab 2 Jahre und 9 Monate bis Schuleintritt
Regelbetreuung am Nachmittag (NM)	max. 10 h / Woche	2 h; Betreuung am Nachmittag	ab 2 Jahre und 9 Monate bis Schuleintritt
Verlängerte Öffnungszeiten (VÖ)	30 h / Woche bis unter 35 h / Woche	mindestens 6 und unter 7 zusammenhängende Stunden; i.d.R. 7:00-13:00 Uhr, je Einrichtung mit oder ohne Mittagessen	ab 1 Jahr bis Schuleintritt
Ganztagesbetreuung (GT)	über 35 h / Woche	7 bis max.10 zusammenhängende Stunden mit verpflichtendem Mittagessen und wahlweise Vesper	ab 1 Jahr bis Schuleintritt

(2)

- a) Die städtischen Tageseinrichtungen nehmen gemäß der jeweiligen Betriebserlaubnis Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Beginn der Schulpflicht auf.
- b) Die Trägerin legt in Absprache mit anderen Trägern der Jugendhilfe die in Anlage 1 aufgeführten Grundsätze über die Aufnahme der Kinder in Tageseinrichtungen fest. Nach diesen Grundsätzen entscheidet die Leitung über die Aufnahme der Kinder.

§ 5 Verpflegung

- (1) In Einrichtungen mit der Betreuungsform „Ganztagesbetreuung“, werden ein Mittagessen, sowie ein Vesper angeboten.
- (2) Im Bereich der Betreuungsform „Ganztagesbetreuung“ ist das Mittagessen aus pädagogischen Gründen in Anspruch zu nehmen. Vesper kann frei nach Wunsch geordert werden.
- (3) Im Bereich der Betreuungsform „Verlängerte Öffnungszeiten“ an Standorten mit Ganztagesbetreuung kann ein Mittagessen gebucht werden.

§ 6 Einzelfallentscheidungen

In Einzelfällen unbilliger Härte kann die Leitung des Referats Servicecenter Bildung über eine abweichende Regelung bei den Abmeldekriterien der Betreuungsformen und der Mittagsverpflegung sowie bei der Festsetzung und der Rückerstattung von Entgelten entscheiden.

II. Aufnahme

§ 7 Anmelde- und Aufnahmeverfahren

- (1) Die Personensorgeberechtigten (Antragstellerinnen oder Antragsteller) merken ihr Kind über das Zentrale Vormerksystem in einer oder mehreren Einrichtungen vor. Bei einer Vormerkung bis zum 15. Februar, erhalten die Personensorgeberechtigten im Regelfall bis spätestens 31. März eine Entscheidung über die Platzvergabe für das

neue Kindergartenjahr, welches zum 01. September eines Jahres beginnt.

- (2) Die Plätze werden entsprechend der in Anlage 1 aufgeführten Platzvergabekriterien vergeben. Sollte ein Kind in einer von den Sorgeberechtigten genannten Einrichtungen nicht aufgenommen werden können, wird ein verfügbarer Platz in einer anderen Einrichtung angeboten.
- (3) Nach erfolgter Platzzusage wird der Aufnahmeantrag bei der Einrichtung gestellt, in die das Kind aufgenommen werden soll. In diesem Antrag ist von der oder dem Sorgeberechtigten die Betreuungsform, die tägliche Betreuungszeit und die Verpflegungsart verbindlich festzulegen. Die festgelegten Betreuungszeiten sind einzuhalten. Eine Änderung von Betreuungszeiten und Verpflegungsart ist nur mit schriftlicher Erklärung gegenüber der Einrichtungsleitung bis spätestens 4 Wochen vor Monatsbeginn zum nächsten Monat möglich.
- (4) Vor der Aufnahme sind der Antragstellerin oder dem Antragssteller die Gebührenhöhe, sowie die sonstigen Bestimmungen zur Aufnahme, schriftlich mitzuteilen.
- (5) Die Aufnahme in die jeweilige Einrichtung erfolgt durch schriftliche Bestätigung (Bescheid) der Trägerin.

§ 8 Zeitpunkt der Aufnahme und Dauer der Benutzung

- (1) Die Aufnahme in die Einrichtung erfolgt in der Regel nach den Kindergartenferien, zu Beginn oder zum 16. eines Monats.
- (2) Eine Aufnahme in die Tageseinrichtungen kann in der Regel nur für die Zeit bis zur Schulpflicht erfolgen. Kinder, die vom Schulbesuch zurückgestellt worden sind und die infolge von körperlichen, geistigen und seelischen Besonderheiten förderungsbedürftig erscheinen, sollen eine Förderklasse besuchen.
- (3) Beendigung

- a) Die Abmeldung kann nur zum Ende oder zum 15. eines Monats erfolgen. Die Abmeldung muss mindestens 2 Wochen vor dem Abmeldetermin schriftlich der Leitung zugehen.
- b) Für die Kinder, die in die Schule aufgenommen werden, endet das Betreuungsverhältnis automatisch mit Ablauf des Monats August.
- c) Die Stadt Göppingen behält sich den Widerruf des Aufnahmebescheids (Kündigung des Nutzungsverhältnisses) für den Fall vor, dass
 1. die Aufnahme des Kindes durch unwahre Angaben, die entscheidungserheblich sind, erfolgte und dadurch ein anderes Kind nicht aufgenommen worden ist.
 2. sich herausstellt, dass für das Kind ein erhöhter Betreuungsbedarf entsteht, der von der Kindertageseinrichtung nicht geleistet werden kann, oder die Förderung der Gruppe durch das Kind erheblich benachteiligt wird.
 3. das Kind länger als 4 Wochen ununterbrochen unentschuldigt fehlt.
 4. das Kind andere stark belästigt oder gefährdet oder die Führung der Gruppe dauernd erschwert.
 5. die Personensorgeberechtigten mit dem Elternbeitrag in Höhe von drei Monatsbeiträgen im Verzug sind.
 6. von den Personensorgeberechtigten beharrlich gegen diese Satzung verstoßen oder den Anordnungen der Leitung der Einrichtung zuwidergehandelt wird.
- d) In allen Fällen ist die Aufhebung des Nutzungsverhältnisses den Personensorgeberechtigten schriftlich unter Angabe von Gründen mitzuteilen. Aus den in c) Nr. 2 und 4 genannten Gründen ist auch ein teilweiser Widerruf des Aufnahmebescheids mit der Folge möglich, dass der zeitliche Betreuungsumfang reduziert wird.

§ 9 Gesundheitliche Voraussetzungen für die Aufnahme

Vor Aufnahme des Kindes sind der Trägerin folgende Nachweise vorzulegen:

- a) Bescheinigung über die ärztliche Untersuchung nach § 4 KiTaG, durch die dargelegt wird, dass dem Besuch der Tageseinrichtung keine gesundheitlichen Bedenken entgegenstehen

- b) Nachweis über die ärztliche Impfberatung nach § 34 Abs. 10 a Infektionsschutzgesetz (IfSG)

- c) Nachweis über einen ausreichenden Impfschutz gegen Masern oder Masernimmunität nach § 20 Abs. 8 und 9 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG)- beziehungsweise - eine ärztliche Bescheinigung über eine medizinische Kontraindikation; bei einer vorübergehenden Kontraindikation muss die Dauer, während der nicht geimpft werden kann, mit angegeben sein.

III. Benutzungsverhältnis

§ 10 Besuch der Einrichtung

- (1) Im Interesse des Kindes und der Gruppe soll die Einrichtung regelmäßig besucht werden.

- (2) Für den Besuch muss das Kind im Sinne dieses Absatzes gesund sein. Kann das Kind wegen Krankheit oder aus anderen Gründen die Tageseinrichtung nicht besuchen, ist diese unverzüglich zu benachrichtigen.

- (3) Das Kind darf die Einrichtung nicht betreten und an Veranstaltungen der Einrichtung nicht teilnehmen, wenn es an einer im Infektionsschutzgesetz nach § 34 Abs. 1 S. 1 IfSG genannten übertragbaren Krankheiten erkrankt, dessen verdächtig ist oder ein Kopfläusebefall vorliegt. Diese Vorgaben gelten auch für Kinder, die das 6. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und an infektiöser Gastroenteritis erkrankt oder dessen verdächtig sind. Darüber hinaus gelten die Vorgaben aus § 34 Abs. 2 und Abs. 3 IfSG, wobei § 34 Abs. 3 IfSG Kinder betrifft, in deren Wohngemeinschaft nach ärztlichem Urteil eine Erkrankung oder ein Verdacht auf eine Krankheit i.S.d. § 34 Abs. 3 IfSG aufgetreten ist. Über die Regelungen des IfSG sind die sorgeberechtigten Personen gemäß § 34 Abs. 5 S. 2 IfSG zu belehren. Die

Belehrung erfolgt durch Aushändigung und Unterzeichnung eines Merkblatts. Im Übrigen wird auf die gesetzlichen Regelungen des IfSG, insbesondere auf § 34 IfSG verwiesen.

- (4) Das Auftreten einer solchen Erkrankung bzw. von Kopfläusen muss der Einrichtungsleitung sofort, spätestens am darauffolgenden Tag gemeldet werden. Bei Auftreten einer Krankheitserscheinung während des Besuchs der Kindertageseinrichtung werden die sorgeberechtigten Personen informiert. Diese haben ihr Kind umgehend aus der Einrichtung abzuholen. Bevor das Kind nach einer ansteckenden Erkrankung die Einrichtung wieder besucht, muss nach ärztlichem Urteil eine Weiterverbreitung der Krankheit oder des Kopfläusebefalls nicht mehr zu befürchten sein. Auf Verlangen der Leitung der Kindertageseinrichtung ist eine ärztliche Unbedenklichkeitsbescheinigung vorzulegen.
- (5) Liegt eine sonstige übertragbare Krankheit vor, bei der nicht bereits nach Absatz 2 ein Betreten der Tageseinrichtung ausgeschlossen ist, sind die Kinder gleichfalls vom Besuch der Tageseinrichtung fernzuhalten.
- (6) Kommt das Kind trotz Vorliegen einer solchen Erkrankung in die Tageseinrichtung, ist es von den Sorgeberechtigten zeitnah abzuholen.
- (7) Fehlt ein Kind ununterbrochen länger als drei Tage, so ist die Leitung der Einrichtung zu benachrichtigen.
- (8) Chronische Krankheiten wie z.B. Allergien, die besonderen Umgang bzw. Aufmerksamkeit benötigen, sind der Leitung vor Betreuungsbeginn bzw. bei Auftreten der Erkrankung unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 11 Öffnungszeiten

- (1) Es werden in der Regel Öffnungszeiten zwischen 6.30 Uhr und 17.30 Uhr angeboten, in denen Personensorgeberechtigte die Betreuungsformen beantragen können, die im Rahmen der Betriebserlaubnis der Einrichtung möglich sind.

- (2) Die Personensorgeberechtigten haben dafür Sorge zu tragen, dass das Kind nicht vor der Öffnungszeit in der Kindertageseinrichtung eintrifft und pünktlich zu den Schlusszeiten der Einrichtung abgeholt wird.
- (3) Die Einrichtungen haben 20 Tage im Kindergartenjahr geschlossen. Hiervon entfallen zwei Wochen auf die Sommerferien. Zudem haben die Einrichtungen in der Regel zwischen Weihnachten und Heilige Drei Könige sowie an den Brückentagen nach Fronleichnam und Christi Himmelfahrt geschlossen. Weitere Ausfalltage (z.B. Pädagogische Tage, Betriebsausflug, Personalversammlungen) werden nach Bekanntwerden kommuniziert

§ 12 Schließung der Einrichtung aus besonderem Anlass

Muss die Einrichtung aus besonderem Anlass geschlossen bleiben, werden die Personensorgeberechtigten - soweit möglich - rechtzeitig hiervon unterrichtet. Ein besonderer Anlass besteht insbesondere bei Erkrankung und dienstlicher Verhinderung des pädagogischen Personals und beim Auftreten ansteckender Krankheiten.

§ 13 Aufsichtspflichten

- (1) Die Aufsichtspflicht des Einrichtungspersonals beginnt mit der Übernahme des Kindes durch die Mitarbeitenden in den Räumen der Kindertageseinrichtung und endet mit der Übergabe des Kindes an die Sorgeberechtigten oder die zuvor schriftlich benannte Begleitperson.
- (2) Für den Weg zur Kindertageseinrichtung sind alleine die Personensorgeberechtigten aufsichtspflichtig.
- (3) Wird ein Kind, das regelmäßig von Personensorgeberechtigten oder von diesen Beauftragten abgeholt wird, ausnahmsweise einmal nicht abgeholt, ist das Kindergartenpersonal verpflichtet, für einen begleiteten Heimweg zu sorgen. Dies hat durch Begleitung einer geeigneten erwachsenen Person zu erfolgen.

- (4) Sprechen sich die Personensorgeberechtigten dafür aus, dass das Kind den Heimweg alleine zurücklegt, übernehmen sie die Verantwortung. Hierzu bedarf es einer schriftlichen Erklärung der Personensorgeberechtigten. Sollte sich im Einzelfall eine entsprechende Entscheidung als problematisch erweisen, muss das Kindergartenpersonal auf eine Änderung der Entscheidung hinwirken. Bei unvorhergesehenen Umständen kann eine mindestens teilweise Begleitung des Kindes erforderlich sein. Sind besondere Gefahrensituationen für längere Zeit zu befürchten, werden die Personensorgeberechtigten entsprechend unterrichtet und aufgefordert, für eine Begleitung des Kindes zu sorgen.
- (5) Gemäß dem Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a Abs. 2 SGB VIII ist das pädagogische Personal verpflichtet bei gewichtigen Anhaltspunkten, die auf eine Gefährdung des Kindeswohls hindeuten, eine insoweit erfahrene Fachkraft hinzuzuziehen bzw. die Inanspruchnahme von Hilfen zu veranlassen und ggf. das Jugendamt davon zu unterrichten.

§ 14 Haftung und Versicherung

- (1) Während des Besuchs der Einrichtung und auf dem unmittelbaren Weg zur und von der Einrichtung und während aller Veranstaltungen auch außerhalb der Kindertageseinrichtung (z. B. Spaziergang, Ausflug, Feste) - sind die Kinder nach § 2 Abs. 1 Nr. 8a SGB VIII unfallversichert.
- (2) Es wird empfohlen, für Schäden, die das Kind auf dem Weg zur und von der Einrichtung sowie während des Aufenthalts Dritten zufügt, eine private Haftpflichtversicherung abzuschließen.
- (3) Unfälle, die auf dem Weg zur und von der Einrichtung eintreten, sind der Leitung sofort zu melden.
- (4) Dem Kind sollen keine wertvollen Gegenstände und kein Geld in die Einrichtung mitgegeben werden.
- (5) Für den Verlust, die Beschädigung und die Verwechslung der Garderobe und anderer persönlicher Gegenstände des Kindes wird keine

Haftung übernommen. Es wird empfohlen, die Sachen mit dem Namen des Kindes zu versehen.

§ 15 Benutzungsgebühren

Die Benutzungs- und Verpflegungsgebühren werden in einer Gebührensatzung geregelt.

IV. Mitwirkungsmöglichkeit

§ 16 Mitwirkung der Personensorgeberechtigten

- (1) Die Personensorgeberechtigten haben das Recht und die Aufgabe, bei der Erziehungsarbeit der Kindertageseinrichtung mitzuwirken. Die gemeinsame Verantwortung für die Erziehung des Kindes fordert eine vertrauensvolle Zusammenarbeit beider Erziehungsträger.
- (2) Die Personensorgeberechtigten nehmen diese Aufgabe im Elternbeirat wahr. Das Nähere regelt die Richtlinie über die Bildung und Aufgabe der Elternbeiräte nach § 5 des Kindertagesbetreuungsgesetzes (KiTaG).

V. Schlussvorschriften

§ 17 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.09.2023 in Kraft. Die Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Göppingen vom 01.09.2014 tritt mit Ablauf des 31.08.2023 außer Kraft.

Anlage 1: Platzvergabekriterien

Krippenplätze und betreute Spielgruppe (Betreuung unter 3-Jähriger):

- Kinder, deren Bildung, Erziehung und Betreuung in einer Tageseinrichtung zur Sicherung des Kindeswohles nach § 1666 BGB notwendig sind und in Göppingen wohnen, haben bei der Vergabe Vorrang.
- Weitere Plätze werden an Kinder vergeben, die in der Stadt Göppingen wohnen.
- Weitere Plätze werden an Kinder vergeben, deren Sorgeberechtigte berufstätig/arbeitssuchend/in Ausbildung und alleinlebend sind.
- Weitere Plätze werden an Kinder vergeben, deren Eltern beide berufstätig/arbeitssuchend/in Ausbildung sind.
- Weitere Plätze werden an Familien vergeben, die Angehörige mit einem GdB > 50% pflegen
- Weitere Plätze werden nach dem Geburtsdatum (ältere Kinder zuerst), unter der Vorgabe: Verweildauer in einer Krippe sollte mind. 1 Jahr sein, vergeben.

Kindergartenplätze (Betreuung über 3-Jähriger) mit der Betreuungsform Halbtagsbetreuung, Regelbetreuung, Regelbetreuung am Nachmittag, Verlängerte Öffnungszeit:

- Kinder, deren Bildung, Erziehung und Betreuung in einer Tageseinrichtung zur Sicherung des Kindeswohles § 1666 BGB notwendig sind und in Göppingen wohnen, haben bei der Vergabe Vorrang.
- Weitere Plätze werden an Kinder vergeben, die in der Stadt Göppingen wohnen.
- Anschlussbetreuung nach Krippe muss gewährleistet werden.
- Weitere Plätze werden an Kinder vergeben, die das 5. Lebensjahr vollendet haben
- Weitere Plätze werden an Kinder vergeben, deren Sorgeberechtigte berufstätig/arbeitssuchend/in Ausbildung und alleinlebend sind.
- Weitere Plätze werden an Kinder vergeben, deren Eltern beide berufstätig/arbeitssuchend/in Ausbildung sind.
- Weitere Plätze werden an Familien vergeben, die Angehörige mit einem GdB > 50% pflegen
- Weitere Plätze werden nach dem Geburtsdatum (ältere Kinder zuerst) vergeben. Geschwisterkinder erhalten einen Alterszuschlag von 6 Monaten.

Kindertagesplätze mit der Betreuungsform Ganztags:

- Kinder, deren Bildung, Erziehung und Betreuung in einer Tageseinrichtung zur Sicherung des Kindeswohles § 1666 BGB notwendig sind und in Göppingen wohnen, haben bei der Vergabe Vorrang.
- Weitere Plätze werden an Kinder vergeben, die in der Stadt Göppingen wohnen.
- Anschlussbetreuung nach Krippe muss gewährleistet werden.
- Weitere Plätze werden an Kinder vergeben, deren Sorgeberechtigte berufstätig/arbeitssuchend/in Ausbildung und alleinlebend sind.
- Weitere Plätze werden an Kinder vergeben, deren Eltern beide berufstätig/arbeitssuchend/in Ausbildung sind.
- Weitere Plätze werden an Familien vergeben, die Angehörige mit einem GdB > 50% pflegen
- Weitere Plätze werden nach dem Geburtsdatum (ältere Kinder zuerst) vergeben. Geschwisterkinder erhalten einen Alterszuschlag von 6 Monaten

→ Nachweise über Berufstätigkeit/Arbeitssuche/Ausbildung sind im Rahmen der Vormerkung vorzulegen!

→ Die Angabe „alleinlebend“ kann von der Stadtverwaltung überprüft werden!